

## Kommentierte Buchanzeigen / Book Review

*Christopher A. Bayly: The Birth of the Modern World 1780–1914. Global Connections and Comparisons. Malden, Mass./Oxford: Blackwell Publishing 2004, 540 S.*

Gab oder gibt es einen „*Western exceptionalism*“? Und ist „Globalisierung“ ein neuer Prozess? Diese beiden Fragen durchziehen das anzuzeigende Werk. B. geht von einer „*Archaic Globalization*“ aus, die im Zeitalter der Weltkrise zwischen 1780 und 1815 endete. Danach sei eine neue Form von Globalisierung entstanden. Der Anstoß zu diesen Entwicklungen wird allerdings nicht Europa zugeschrieben. B.s Leitlinie heißt vielmehr: „*multi-centric nature of change in world history*“. Der Autor bestreitet einen „*Western exceptionalism*“, ohne jedoch die dominante Sonderstellung, welche die europäisch geprägte Welt im Laufe des 19. Jh.s mit ihrem Zenit in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg erreichte, zu relativieren. Den Hauptgrund für diese Sonderstellung sieht er in der Überlegenheit, die die europäischen Staaten in der Waffentechnik und Kriegführung erreichten. Nicht der europäische „Geist“, sondern die „*efficiency in killing other human beings*“ gab den Ausschlag. Ohne die „zweite militärische Revolution“ keine Herrschaft der europäischen Welt – diese Sicht zieht sich durch das Buch. Globalisierung erscheint mithin als Zuwachs an Homogenität und zugleich Komplexität. Diesen Befund verknüpft B. mit einem zweiten: Auch die Modernisierung des „Westens“ blieb im 19. Jh. begrenzt. Die „alte Welt“ prägte global weiterhin die „neue“, wie an einer Vielzahl von Beobachtungen demonstriert wird. Diese Deutung erlaubt es, den „Westen“ und die „Anderen“ näher zusammenzurücken, als es die Vorstellung vom Westen als der Wiege der Moderne nahe legt. Wer sich über Europas Ort in der Entstehungsgeschichte der modernen Welt informieren will, sollte dieses Werk lesen.

DL

*Hans Joas/Klaus Wiegandt (Hrsg.): Die kulturellen Werte Europas. Frankfurt am Main: S. Fischer 2005, 522 S.*

Fragen nach den kulturellen Werten Europas, ja nach der Identität des Kontinents, haben in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen, zum einen als gleichsam „Unterfütterung“ eines weithin technisch verstandenen Erweiterungs- und Vertiefungsprozesses, zum anderen als Frage nach jenen gemeinsamen Grund- oder Werthaltungen, die – jenseits des dominant ökonomischen Interesses – den Integrationsprozess begründen und ihm eine erweiterte Legitimation geben könnten. Die in diesem Band zusammengefassten Beiträge eines sachkundigen Autorenkreises versuchen sich erneut an diesem Thema, wobei freilich ein Wertebegriff zugrunde gelegt wird, der als „emotional stark besetzte Vorstellungen über das Wünschenswerte“ (*H. Joas*) sehr breit, vermutlich zu breit angelegt ist. Zwar ist richtig, dass damit Werte von bloß faktischen Wünschen ebenso unterschieden werden wie von emotional neutralen Vorstellungen, Meinungen also, und auch Normen, bei denen die restriktive Wirkung im Vordergrund steht, doch wird in Definitionsversuchen dieser Art einmal mehr erkennbar, wie stark die unterschiedlichen „Welten“ im ablaufenden Europäisierungsprozess differieren. Die einzelnen Beiträge machen das auf interessante, gelegentlich aber auch redundante Weise deutlich. So finden sich äußerst bedenkenswerte Ausführungen *Shmuel Eisenstadts* („Die Achsenzeit in der Weltgeschichte“), unterscheiden *Wolfgang Huber* und *Christian Meier* zwischen der jüdisch-christlichen und der griechisch-römischen Tradition, wird versucht, Werten wie der Innerlichkeit, der Freiheit, der Rationalität, der Selbstverwirklichung und der Höherschätzung des gewöhnlichen Lebens nachzugehen; Beiträgen zur Dynamisierung des Geschichtsverständnisses, zum gegenwärtigen Wertewandel in Europa sowie zu den dunklen Kapiteln des europäischen Totalitarismus gilt das weitere Interesse. Im Fazit kommt es dann erneut zu sehr „breiten“ Einschätzungen, wie etwa der, dass Europa historisch nicht in einer Weise geprägt ist, dass es aus seinen Wurzeln sein Schicksal ableiten könnte. Dies zu denken, gründete auch auf einem unangemessenen Begriff von Identität und Kultur. Andererseits hat Europa einschneidende Erfahrungen gemacht und es hat immer wieder versucht, diese gemeinsam zu interpretieren. Daraus erwächst eine Identität, die handlungsleitend sein kann und die Unterschiede gegenüber anderen Orientierungen deutlich werden lässt (*P. Wagner*). Natürlich sind dies interessante Beobachtungen, finden sich in zahlreichen Beiträgen weitere Anregungen, die auch für andere europabezogene Diskurse wichtig sind. Es fehlt dem Band aber jene Klammer, die man von Sammelwerken dieser Art heute erwarten darf. So verbleibt eine Diskrepanz, die in dieser Zeitschrift häufig genug kritisch angesprochen wurde: zwischen einer

primär reflektierenden Wissenschaft auf der einen und jenen die Realität Europas durchaus beeinflussenden rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Untersuchungsansätzen auf der anderen Seite, letztere immerhin in Verfolgung des Anspruchs, den „kulturellen Werten“ des Kontinents durch den Entwurf einer Rechtsordnung, spezifischer institutioneller Arrangements und instrumenteller Ausprägungen Gestalt und Stabilität zu geben.

JJH

*Ailish Johnson: European Welfare States and Supranational Governance of Social Policy. Basingstoke/New York: Palgrave 2005, 267 S.*

Warum kommt es im Bereich der Sozialpolitik, dem traditionellen „Kern“ redistributiver Staatstätigkeit, zur Aufgabenübertragung auf die supranationale Ebene? Und aus welchen Gründen entscheiden sich Regierungen, die heterogenen wohlfahrtsstaatlichen Kontexten entstammen, für eine entsprechende Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union? Diesen Fragen geht J. in ihrer Oxforder Dissertation nach. Im Unterschied zu den meisten EU-bezogenen Politikfeldanalysen wird dabei auf eine theoretisch überhöhte Gegenüberstellung von intergouvernementalen und funktionalistischen Ansätzen verzichtet. Stattdessen konzentriert sich J. auf drei Erklärungsvariablen, die im vorliegenden Untersuchungskontext von offensichtlicher Bedeutung sind: den Typus des Wohlfahrtsstaates, der die Ausgangspräferenzen der mitgliedstaatlichen Akteure prägt, die formalen Institutionen und Verfahren auf europäischer Ebene sowie die politisch-ideologische Ausrichtung der beteiligten Regierungen. Dieses ebenso schlichte wie überzeugende Untersuchungsrastrer wird auf drei Schlüsselfelder europäischer Sozialpolitik bezogen, die sich hinsichtlich ihrer Steuerungsform unterscheiden: die Regulierung des Arbeitsschutzes als Fall von „*governance by law*“, die Etablierung des Sozialen Dialogs als Beispiel für „*governance by collective bargaining*“ sowie die Entwicklung der Europäischen Beschäftigungsstrategie („*governance by the open method of coordination*“). Auf Basis einschlägiger Quellen und Interviews kommt es dann zu einer historisch-empirischen Analyse der jeweiligen Primär- bzw. Sekundärrechtsentwicklung, wobei auch die bisherige Umsetzung der Regelungen und Verfahren berücksichtigt werden. Hinzu tritt schließlich – erneut für die Europaforschung eher untypisch – eine „globale“ Perspektive insofern, als die (mögliche) Arbeitsteilung zwischen EU und ILO untersucht wird. Im Ergebnis bestätigt sich die Erklärungskraft der unabhängigen Variablen – nicht im Sinne einer „theoretischen Amalgamierung“, sondern als bereichs- und/oder akteursspezifische Kombination. Obwohl die Studie somit

nichts „bahnbrechend Neues“ enthält, stellt sie doch in ihrer empirischen Fundiertheit und analytischen Pragmatik nicht nur eine gelungene Verbindung zwischen Vergleichender Sozialstaats- und EU-Forschung dar, sie könnte vielmehr auch als Ausgangspunkt für sektorübergreifende Analysen europäischer Politiken dienen.

FG

*Ulrich Beck/Edgar Grande: Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2004, 421 S.*

Dieser Band unternimmt nicht weniger, als „das Modell Europa neu zu denken“. Dieser nicht eben unambitionierte Anspruch geht davon aus, dass Europa „50 Jahre lang funktioniert“ hat, nun aber nicht mehr taugt. Mit der Osterweiterung sei ein „neues Zeitalter der grenzenübergreifenden, grenzverwischenden Kooperation eröffnet“ worden, das nicht darüber hinweg täuschen sollte, dass Europa noch immer „unverstanden“, gleichsam „unbegriffen“ ist. Am Beispiel Europas zeige sich in besonderer Weise, wie historisch wirklichkeitsfremd und stumpf unsere politischen Begriffe und das theoretische Instrumentarium der Sozialwissenschaften geworden seien – beide noch immer in den Denkgebäuden eines methodologischen Nationalismus gefangen. Um dem entgegenzuwirken, wird „ein anderer Blick auf Europa, der kosmopolitische Blick“ empfohlen, wobei dieses Unternehmen über eine Trilogie zum „kosmopolitischen Realismus“ verwirklicht werden soll. Nach „Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter“ und „Der kosmopolitische Blick“ jetzt also das „kosmopolitische Europa“. – Wer dem Europäisierungsprozess analytisch wie politisch-praktisch verbunden ist und deshalb auf eine Umsetzung dieser ambitionierten Programmatik hofft, wird freilich enttäuscht. Hier wird eher allgemein über Europa reflektiert, das Postulat, den Kontinent „neu zu denken“, allerdings nicht wirklich eingelöst. Die Autoren verbleiben vielmehr in einer gleichsam „schwebenden“ Erkenntnislage, die gelegentlich auch empirische Bezüge aufweist, meist jedoch eher der eigenen Programmatik folgt und den Begriff des „kosmopolitischen“ Zugangs zu bestätigen und zu konsolidieren hofft. Natürlich ist es richtig, dass der Integrationsprozess an eine kritische Grenze gestoßen ist, dass sich die politischen Energiereserven einer nationalstaatlichen Semantik und Vision Europas erschöpft haben könnten, doch gelingt es den Autoren kaum, aus dieser Erkenntnis verwertbare Konsequenzen zu ziehen. Die eine Vision durch die andere zu ersetzen, mag ein probates Mittel sein, analytische Unsicherheit produktiv zu wenden, sie wird hier freilich zu einer nahezu exkulpativen Chiffre, die sich nicht zuletzt aus dem sehr selektiven Ein-

bezug des Schrifttums erklärt. Daher kann es nicht verwundern, dass die von den Autoren vorgestellte Schlüsselfrage unbeantwortet bleibt. Sie lautet: „Wie kann jenseits der alten Stabilisatoren eine neue Art von Gesellschaft und Politik entdeckt und begründet werden – nach innen, nach außen, aufbauend auf den historisch gewachsenen Formen der Nationalität, aber diese öffnend, erweiternd? Wie also wird eine gesellschaftliche und politische Integration durch Kosmopolitisation möglich? Und wie kann der Horizont für diese Wirklichkeit und Möglichkeit geöffnet werden, indem die Grundformen und Grundbegriffe des Sozialen und Politischen – Gesellschaft, Staat, Politik, soziale Ungleichheit, Mobilität, Ethnizität, Gerechtigkeit, Solidarität usw. – aus der nationalen Orthodoxie herausgelöst und in der kosmopolitischen Perspektive neu definiert werden?“ (15). Die zur Beantwortung dieser Frage angebotene Unterscheidung zwischen der „Idee des kosmopolitischen Europa“ und anderen europapolitischen Leitbildern und Positionen enttäuscht. Sie bleibt auf meist sehr selbstbewusst formulierten, aber durchwegs diskussionswürdigen Analyseebenen, streift eine den Namen verdienende Empirie nur dann, wenn sie zu den angebotenen Erklärungsmustern „passt“, isoliert sich mithin von Erkenntnisprozessen, die mit dieser Art „abgehobener“ Analyse vermutlich wenig anfangen können. Zwar liest sich das alles nicht ohne Gewinn, doch verbleiben die „kosmopolitischen Visionen“ für Europa jenseits jener rechtlichen, politisch-administrativen und ökonomischen wie soziokulturellen Voraussetzungen, die die heutige europapolitische Diskussion zu berücksichtigen hat. Metatheoretische Untersuchungen der vorliegenden Art scheitern deshalb gleichsam produktiv: So bei jenem Fazit, nach dem das „kosmopolitische Europa jenseits von Arroganz und Selbstverleugnung“ auf der Basis einer „Kultur der geteilten Ambivalenz“ voranschreiten könnte. B. und G. ist zu wünschen, sich einer europapolitischen Diskussion zu stellen, die nicht weniger als sie auf analytischen Erkenntnisgewinn drängt, dies allerdings konsequent mit einer empirischen Grundierung verbindet.

JJH

*Herbert Obinger: Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004, 271 S.

*László Csaba: The New Political Economy of Emerging Europe.* Budapest: Akadémiai Kiadó 2005, 359 S.

Das Wirtschaftswachstum gilt nicht nur als zentraler Indikator für ökonomische Entwicklung, sondern wird häufig auch mit dem Tun und Lassen nationalstaatlicher Regierungen in Verbindung gebracht. Die neuere wirtschaftswissen-

schaftliche Theoriebildung stützt diese Sichtweise insofern, als die neoklassische Annahme eines Wachstumsgleichgewichts stärker kontextbezogen, d.h. in Abhängigkeit von sozioökonomischen, soziokulturellen und politischen Rahmenbedingungen, interpretiert wird. Grund genug also nicht nur für die politikwissenschaftliche Staatstätigkeitsforschung, die „Beziehung zwischen den ökonomischen Triebkräften der wirtschaftlichen Entwicklung und ihren tiefer liegenden politischen Grundlagen“ zu erkunden. Diesen Zusammenhang sucht O. in seiner Bremer Habilitationsschrift empirisch zu überprüfen – ein theoretisch wie methodisch ungewöhnlich anspruchsvolles Projekt. Um insbesondere die mittel- und langfristigen Effekte politischer Variablen auf die ökonomische Entwicklung adäquat zu erfassen, legt der Autor seine Analyse sowohl räumlich als auch zeitlich breit an. Einem *most different systems design* folgend, werden zunächst die Zusammenhänge von politischen Einflussgrößen und Wirtschaftswachstum in einem weltweiten Vergleich – mit Ausnahme der (ehemals) kommunistischen Staaten – zwischen 1960 und 1998 untersucht. Hierbei konzentriert sich O. auf jene Makrovariablen, die im Zentrum wissenschaftlicher wie politischer Diskussionen stehen: den Regimetyp (Autokratie vs. Demokratie), marktschaffende bzw. marktsichernde Institutionen (vor allem *property rights*) sowie politische Stabilität. Die stark ausdifferenzierten und methodisch höchst reflektierten Regressionsanalysen, die eine Vielzahl einschlägiger Untersuchungen zusammenfassen, teils auch darüber hinausgehen, führen zu einem relativ eindeutigen Befund: Nicht unerwartet erweist sich die Existenz effektiver *property rights* als „politischer Hauptgrund für die Variation der ökonomischen Performanz“, während bezüglich des Regimetyps und der politischen Stabilität keine allgemeingültigen Zusammenhänge erkennbar werden. Im Rahmen eines *most similar cases design*, das sich den Auswirkungen struktur-, prozess- und inhaltsbezogener Politikdimensionen im OECD-Vergleich zuwendet, wird das benannte Ergebnis dann erhärtet und konkretisiert: Angesichts der grundlegenden Homogenität der „reichen Demokratien“ spielen politische Makrovariablen für Wachstumsunterschiede keine bedeutsame Rolle, vielmehr kann in diesem Kontext „ökonomischer Erfolg [...] über verschiedene Wege erreicht werden“. Im Fazit führt das Buch die vorliegende wirtschafts- wie politikwissenschaftliche Literatur zu einer Schlüsselfrage der Politischen Ökonomie gekonnt zusammen. Dass dabei im Wesentlichen die Thesen *Mancur Olsons* bestätigt werden, überrascht letztlich nicht: Macht doch bereits O.s kritische Würdigung des Forschungsstandes deutlich, wie sehr sich der theoretische Gehalt von *Olsons* Werk vom *mainstream* der vergleichenden Wachstumsforschung abhebt. – Zu dieser gleichsam schulbuchmäßig angelegten Studie bildet C.s Publikation einen interessanten „Kontrapunkt“. So geht es dem Budapester Ökonom vor allem um die mittel-

und osteuropäischen Transformationsstaaten, die O. aufgrund methodischer Probleme ausklammert. Schon der Titel der Untersuchung verweist auf einen ungewöhnlichen Ansatz: Mit „*Emerging Europe*“ distanziert sich C. bewusst vom gängigen Etikett des „Post-Sozialismus“, das die uniforme Prägung einer historisch heterogenen Region unterstellt, angesichts der zunehmend divergenten Entwicklung der zugehörigen Volkswirtschaften aber kaum (mehr) Erklärungskraft besitzt. Zudem lässt der Autor, der die Transformationsprozesse nicht nur miterlebt, sondern in Teilen auch beratend begleitet hat, deutliche Zurückhaltung gegenüber theorielastigen „Patentrezepten“ erkennen und geht daher von einer empirischen Bestandsaufnahme der mittel- und osteuropäischen Marktwirtschaften aus. Die darauf folgende Analyse exogener wie endogener Bestimmungsfaktoren erweist sich gleichwohl nicht als „theorielos“. Vielmehr nimmt C. den Begriff der *New Political Economy* ernst, indem er sozioökonomische, rechtliche und politische Kontextbedingungen einbezieht und deren Auswirkungen jeweils konkret benennt. Dass hierbei auch unterschiedlichste Lesefrüchte aus anderen staats- und europawissenschaftlichen (Teil-)Disziplinen einfließen, verleiht der Argumentation empirische Dichte, erhöht jedoch auch ihre Komplexität. Hilfreich deshalb, dass jedes Kapitel von bestimmten Hypothesen ausgeht und dadurch die gelegentlich zu breiten Ausführungen wieder „zusammengebunden“ werden. Insgesamt kommt die stark qualitativ ausgerichtete Untersuchung insofern zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie O., als die Erklärungskraft institutionenökonomischer Ansätze eindrucksvoll bestätigt wird. Der eigentliche Erkenntnisfortschritt liegt freilich in den zahlreichen Konkretisierungen dieser Einsicht. So weist C. überzeugend nach, dass der „Kontrollfall“ China nicht als Wachstumsmodell für die mittel- und osteuropäischen Staaten interpretiert werden kann, sondern sich vielmehr ein Vergleich der gegenwärtigen chinesischen Entwicklung mit den ökonomischen Reformversuchen der Ostblockstaaten während der 1980er Jahre anböte. Auch die Auswirkungen der „Europäisierung“ auf Mittel- und Osteuropa werden differenziert und unideologisch beurteilt: Während von der Europäischen Union bislang keine nachhaltigen Politiken für mehr Wachstum und Beschäftigung entwickelt wurden, erscheint der EU-Beitritt aufgrund der Bindungswirkung des supranationalen Rechtsrahmens für die MOE-Staaten positiv und damit aus ökonomischer Sicht letztlich auch als alternativlos. Fazit: eine untypisches, in Teilen provokantes Buch, das nicht nur für die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion fruchtbar sein dürfte.

FG

## Am Rande oder: Zu guter Letzt / At long last

*Jacques Delors*: Erinnerungen eines Europäers. Berlin: Parthas 2004, 557 S.

Die Memoiren *Jacques Delors*' liest man angesichts der gegenwärtigen europapolitischen Diskussion in einer Mischung aus Wehmut und Zustimmung: Wehmut, weil der für künftige Integrationsschritte erkennbare Optimismus D.s mit den Referenden in Frankreich und den Niederlanden einen nachhaltigen Dämpfer erfahren hat, Zustimmung, weil hier einer der profiliertesten „Europäer“ eine Bilanz vorlegt, die zu Recht positiv ausfällt und allzu situationsspezifischen, meist eher negativen Einschätzungen entgegenwirken sollte. Dass D. seine Erinnerungen primär der Tätigkeit als Präsident der EU-Kommission widmet, ist verständlich, war er es doch, der für den Übergang von den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union Verantwortung trug und dessen Name mit dem Vertrag von Maastricht, der Vollendung des Binnenmarktes, der Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion und – nicht zuletzt – der Integration von Portugal und Spanien sowie schließlich der ehemaligen DDR verbunden ist. Natürlich: D. wirkte für diese formativen Schritte der EU-Entwicklung unter ungewöhnlich positiven Rahmenbedingungen, die von einem breiten Grundkonsens und günstigen parteipolitischen, ja personellen Ausgangssituationen geprägt waren. Wie kein anderer vermochte er es, die handelnden Akteure zusammenzuführen und ihnen gelegentlich durchaus auch seine Positionen „aufzudrücken“, wobei die persönlichen Interessen deutlich hinter das Ziel einer Konsolidierung und Weiterführung des Integrationsprozesses zurücktraten, an den dieser Kommissionspräsident wie wenige andere glaubte. Die heutige EU ist deshalb so etwas wie sein „Lebenswerk“, das jetzt freilich gefährdet erscheint. D. mag dies geahnt haben, zumal das die deutsche Ausgabe begleitende Vorwort die Möglichkeit des Scheiterns (des Europäischen Verfassungsvertrages) anspricht. Bemerkenswert ist dabei vor allem, dass D. eine „Entpolitisierung“ der europäischen Entwicklung diagnostiziert, die er als ein „Hindernis für die Vertiefung der Demokratie und für die Beteiligung der Europäer am Bau der gemeinsamen Zukunft“ bezeichnet. Zwar hofft er auf eine Ratifizierung des Vertrages, skizziert aber zugleich jene „Auswege“, die ihm bereits zu einem früheren Zeitpunkt im Fall von Blockadetendenzen und einem möglichen Stillstand des Integrationsprozesses verfolgenswert erschienen: die Umgestaltung von Vertragsbestimmungen sowie den Verzicht auf die Teilnahme einzelner Länder. Während D. Ersteres verwirft, wiederholt er jene „Avantgarde“-Konzeption, die im Kreis europapolitisch Verantwortlicher seit längerem diskutiert wird und zur Aufnahme einer „Verstärkten Zusammenarbeit“ einzelner Mitgliedstaaten in den Amsterdamer Vertrag führte. Dass es



freilich auch einen dritten Weg geben sollte, ihn vielleicht sogar geben muss, sieht D. nicht: die Stabilisierung und Konsolidierung des bislang Erreichten auf hohem Niveau – bei Verzicht auf überbordende Regelungsansprüche und einen erweiterten Souveränitätstransfer, den die „Völker Europas“ so noch nicht zu akzeptieren bereit sind. Dies – und nur dies – beeinträchtigt die Erinnerungen D.s, ergänzt um die heute überprüfungsbedürftige Hoffnung auf eine weitere französisch-deutsche Dominanz oder auch nur „Vorreiterrolle“ angesichts von mehr als 25 EU-Mitgliedstaaten. Zwar bleibt es verständlich, dass D. in diese Richtung denkt, realistischer freilich wäre es wohl, den neuen Gegebenheiten eine erweiterte und gleichzeitig auch operativ einsetzbare europapolitische „Strategie“ gegenüberzustellen.

JJH